HÄUSERRATSZEITUNG

unterstützt uns! Spendet aufs:
Sonderkonto Winfried Hammann
Postscheckkonto Ffm. 35 12 94-606
Sachspenden an:
Bonhoeffer-Haus, Ffm., Lessingstr. 2
- dort gibt's auch Informationen -

BESTELLUNGEN :
Karl Marx Buchhandlung/ 6Ffm. Jordanstr.

In Frankfurt hat sich ein Ermittlungsausschuß gegründet, der die Übergriffe von Polizei auf Demonstranten und unbeteiligte Bürger sammelt und auswertet.
Kontakt: Gerhard Zwerenz
6031 Niederroden
Seestr. 28

Nr. 9/74

PREIS: 20 PFENNIG



Am Samstag den 23. 2. flogen in Frankfurt Steine in die Scheiben von Banken und gegen ein aufmarschiertes Polizistenheer, das ein Trümmerfeld an der Ecke Bockenheimer Landstr. / Schumannstr. bewachte.
Noch eine Woche zuvor hatten hier vier gut erhaltene Wohnhäuser gestanden, hatten Studenten, Lehrlinge und Arbeiter hier gewohnt, hatten zusammen einen Kinderladen und ein Mieterzentrum eröffnet.
In der Nacht zum 21. 2. 74 ließ das Land Hessen, im Auftrage des Frankfurter Magistrats ein riesiges Polizeiheer auffahren (1500), um die 80 Bewohner der Häuser zu räumen, um diese Leute, die sich mit Barrikaden gegen die Zerstörung ihrer Wohnungen und ihres Lebenszusammenhanges gewehrt hatten, zum Polizeipräsidium zu schleppen, sie erkennungsdienstlich zu behandeln, sie des Hausfriendensbruches anzuklagen und sie über Nacht in den Knast zu sperren. Denn das, was sie getan hatten, hatte " unseren ganzen Rechtsstaat" in frage gestellt. So jedenfalls las man es in der Presse.
Als die ehemaligen Bewohner der Ecke wieder aus dem Knast entlassen wurden, standen sie vor den Trümmern, fast alle ihre Möbel und Kleider lagen darunter., sie selbst waren obdachlos.
" Die Räumungsaktion" war "normal" abgelaufen, so die Frankfurter Presse. Mit "normal" meint man, daß niemand sich ernsthaft zur wehr gesetzt hat, daß alle Bewohner der Häuser ohne größere Gegenwehr festgenommen und abtransportiert werden und mit dem Abriß der Häuser unverzüglich begonnen werden konnte.

Man ist gewohnt, daß niemand sich zur wehr setzt, dies ist normal. Sollte dennoch jemand einmal der Gedanke kommen - dann gibt's die Polizei. Und in der Nacht der Räumung gab es viele von ihnen. Auch das ist " normal"!

Was aber nicht normal war, waren dann die Kämpfe am Samstag. Frankfurter Magistrat und Innenminister Bielefeld hatten offensichtlich gegelaubt, man hätte es diesen "Terroristen" am Donnerstag gezeigt, man hätte sie spüren lassen, wer hier der Herr im Lande sei man hätte diesen "ewigen Aufmuckern" endlich das Maul gestopft, sie auf die Straße geschmissen und mit Strafanzeigen beflastert, daß ihnen die Lust an jedem weiteren Aufbegehren gegen die herrschenden Zustände verginge.
Das war es, was man erreichen wollte. In diese Richtung sollte der Zug abfahren. Denn den 80 Bewohnern der Häuser Ersatzwohnraum zu stellen oder gar für sozial schwache Familien und ausländische Arbeiter Ersatzwohnraum zu stellen

und ausländische Arbeiter menschenwürdigen Wohnraum zu besorgen, das konnte man sich nicht leisten, man wußte nur zu gut, was das bedeuten würde. Genauso wenig wie man es sich leisten konnte, die berechtigten Lohnforderungen von Millionen von Arbeitern und Angestellten zu unterstützen.
Hätte man die seit dem 31. 10. 73 öffentlich bekannten Forderungen der Bewohner der Ecke nach adäquatem Wohnraum für sich und einige ausländische Familien akzeptiert, so wäre eine Welle von Froderungen losgegangen. Tausende sind obdachlos, zehntausende warten seit Jahren auf Sozialwohnungen, hunderttausende zahlen Wuchermieten und Millionen werden monatlich durch teure Mieten um ihren Lohn betragen. All diese wären aufgestanden und hätten ihr Recht verlangt, hätten verlangt in diesem Staat anständig leben zu können, ohne ständig ausgenommen zu werden. Das aber kann man sich nicht leisten!!!
Das ist in diesem Staat nicht möglich! Denn er beruht darauf, daß eine Minderheit die Mehrheit für sich schaffen läßt und ausbeutet. Das ist sein Wesen. Wer d a g e g e n verstößt, gilt als "Terrorist"!!
Dennoch werden die, die sich wehren, immer mehr. Im Sommer 73 erkämpften hunderttausende gegen die Bonzen und Gewerkschaften Teuerungszulagen. In Frankfurt organisieren immer mehr Mieter Mietstreiks, kämpfen gegen Mietwucher und protestieren gegen ständige Mieterhöhungen. Dieser Kampf weitet sich aus.

Sozialplan der Stadt: Statt Wohnungen mehr Polizei!

Und in dieser Situation können Müller, Arndt und Bielefeld sich nur eins leisten - 12 Millionen DM für die sofortige Aufrüstung von Polizei und Bundesgrenzschutz! Es ist bezeichnend für diese Herren, daß sie glauben, auf diese Art und Weise soziale Konflikte "lösen " zu können. Daß ihnen eine "Lösung" in diesem Sinne nicht gelingen kann, hat der Samstag gezeigt. Er hat auch gezeigt, daß die Rechnung der Herrschenden nicht aufgehen wird. Sie können noch so viel Polizei in die Stadt schikken, sie können sich immer perfektere Spitzelsysteme ausdenkne, sie können wahllos Leute von der Straße weg in Gefängnisse werfen, eins aber können sie nicht und haben sie nie gekonnt - den Widerstand gegen ein ungerechtes System den Widerstand gegen Lügen und Unterdrückung mit brutaler Gewalt brechen.

Denen, die seit Jahrzehnten sich in ihren Villen in ihre Sessel zurücklehnen und mit Achselzucken über das Schicksal Tausender, auf deren Kosten sie ihr schmarotzerhaftes Dasein fristen, entscheiden, denen ist am Samstag der Schreck in die Glieder gefahren. Erschre Erschreckt sind sie aus ihren Sesseln hochgefahren und haben alle Hebel in Bewegung gesetzt, um uns "Terroristen" zum schweigen zu bringen.

Wer lügt, hat's nötig

Polizeipräsident Müller ließ am Fastnachtssonntag im Rundfunk verkünden, wir wollten den Karnevalszug überfallen, er ließ seine Mannschaftswagen voller Polizei mit Sirenengeheul und Wasserwerfer durch die Straßen rasen, um der Bevölkerung zu demonstrieren, wie gefährlich und heimtückisch wir seien. Er ließ eine Gruppe Rocker verhaften, nahm ihnen ihre Ketten und ihr Gruppenzeichen - einen riesigen Kuhknochen - ab und präsentierte dies vor dem Fernsehen, als die Waffen der Demo-

nstranten. Am Montag behauptete er wir hätten nachts ein Drahtseil über eine Straße gespannt -eine Autofalle- um einfache Bürger zu terrorisieren. Es ist bezeichnend, daß Polizeichef Müller auf derartige Ideen kommen kann, Wir haben unseren Kampf nie gegen die Bevölkerung geführt, deshalb werden wir nie solche Aktionen durchführen.

All diese Lügen aber mußten her, um von der eigentlichen Lüge abzulenken, um davon abzulenken, was eigentlich die Ursache der heftigen Auseinandersetzungen war:

300.000 qm leerstehende Büroräume 10.000 leerstehende Luxuswohnungen - zugemauerte und zerstörte Stadtviertel - 12 000 liegen gebliebene Anträge auf Sozialwohnungen - tausende von vertriebenen Mietern - Wohnsilos - Gettos für ausl. Arbeiter - verpestete Straßen und Landschaften - Wuchermieten und aus ihren Lebenszusammenhängen gerissene Menschen. DAGEGEN HABEN WIR UNS ZUR WEHR GESETZT, GEGEN EIN SOLCHES LEBEN !!!

Wir sollten auf die Straße fliegen und auch keine Wohnungen kriegen

Wir haben nach einer Alternative gesucht, wir wollten nicht auf die Straße gesetzt werden, aber wir haben auch gesagt, wenn man uns nur die Straße als Wohnung anbietet, werden wir kämpfen - das haben wir immer gesagt und das haben wir getan. ES WAREN DIE STEINE UNSERER ABGERISSENEN HÄUSER, DIE WIR IN DIE BANKEN UND GEGEN DIE POLIZEI SCHLEUDERTEN!

Innenminister Bielefeld hatte noch zuvor sich bereit erklärt, mit uns über unsere Forderungen zu reden, gleichzeitig aber hat er nacht für Nacht mit einer Hundertschaft die Häuser umstellen lassen, um, wie er sagte, uns mürbe zu machen. Man hat uns mit Scheinwerfern aus den Betten geholt, über Lautsprecher wurden Beschimpfungen und Drohungen in die Nacht hinausgeschrien.

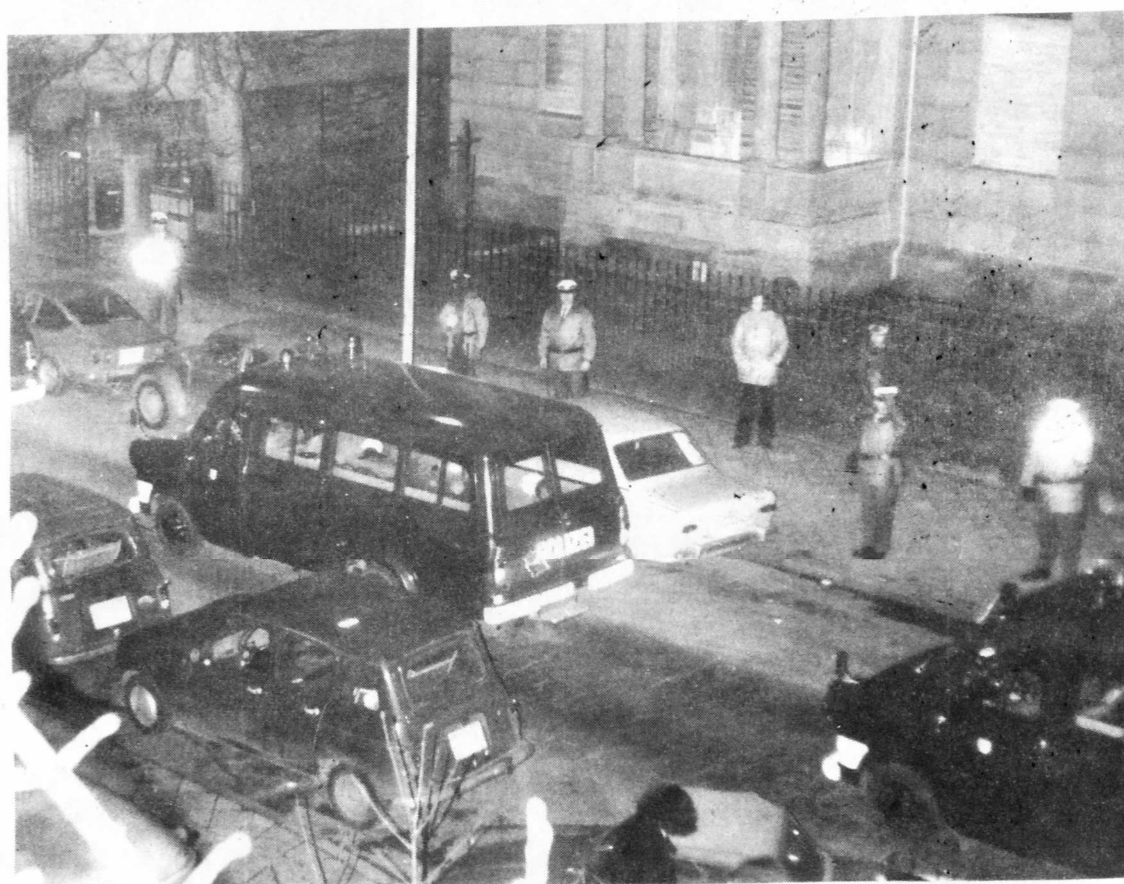
Wir sagten Bielefeld, daß wir unter diesem Druck nicht verhandeln würden. Dem war das ganz recht, denn er hatte dies nie ernsthaft erwogen. Weder er, noch der Salonlinke der Stadt Berkemeier hatten jemals vor, uns Wohnungen zu geben, sie sprachen in aller Öffenlichkeit immer davon, das machte sich ganz gut und kostete nichts.

Sie erzählten auch, daß man für den abgerissenen Wohnraum Ersatz schaffen würde, sogar zu sozialen Mieten. Was sie aber nicht erzählten ist, daß an der Stelle, wo angeblich der Ersatzwohnraum erstellt werden sollte, bereits vier gut erhaltene Wohnhäuser vorsätzlich verslummt und schließlich abgerissen wurde. Die ehemaligen Mieter wurden einfach auf die Straße gesetzt. Man frage die Stadt, in welcher Straße wohl Häuser abgerissen werden sollen, um Ersatzwohnraum für diese zerstörten Häuser zu schaffen ??

DIESE RECHNUNG WIRD NIE AUFGEHEN !!



Dies waren die vier Häuser in denen 80 Leute gewohnt haben...



... seit einiger Zeit aber wurden die Bewohner durch nächtliche Polizeieinsätze terrorisiert...



... und am 21. Februar '74 kamen über 2.500 zugereiste Politrocker und warfen die 80 Bewohner raus...



... um Platz zu machen für den Bagger, der im Auftrag von Ignaz Bubis die Häuser zerstörte.



ABER SELBST IHRE TRÜMMER MÜSSEN SIE NOCH BEWACHEN !!!

Lebensqualität der SPD-Fraktion: höhere Preise - weniger Lohn!

WAS IN DEN FRANKFURTER BETRIEBEN SO LOS IST:

Im Herbst 1972, während des Bundestagswahlkampfes, brachte es die SPD fertig, viele Arbeiter und Angestellten zu mobilisieren, indem sie ihnen eine höhere Lebensqualität versprach. Viele Kollegen waren sogar dafür auf die Straße gegangen. Höhere Lebensqualität, das sollte bedeuten: mehr, bessere und billigere Wohnungen, mehr und bessere Schulen, bessere Nahverkehrsmittel, mehr Straßen etc., aber auch wirksame Maßnahmen gegen die Zerstörung von Wohnraum durch die Banken und Spekulanten, wirksame Maßnahmen gegen die gewaltsame Zerstörung ganzer Wohnviertel, wirksame Maßnahmen gegen die mit mit dem Abbruch von Wohnhäusern verbundene Auflösung der Lebenszusammenhänge (= Stammkneipe, Nachbarn, Freunde, Einkaufsmöglichkeiten etc.) der Menschen, die im Westend, Bockenheim, Nordend usw. wohnen. Höhere "Lebensqualität", so wurde den Kollegen damals versprochen, bedeutete aber auch: Kampf gegen die Inflation, die die Lohnerhöhungen auffrißt. Lebensqualität bedeutete aber auch, beträchtliche Lohnerhöhungen, bedeutete Maßnahmen gegen die unerträglichen Arbeitsbedingungen im Betrieb: gegen die zunehmende Arbeitshetze, vor allem an den Bändern, gegen Akkorderhöhungen, gegen Hitze, Lärm, gegen die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen, von Deutschen und Ausländern.
Was aber, so fragen sich immer mehr Kollegen, ist von allen diesen Versprechungen eingelöst worden? Wo hat sich die versprochene Lebensqualität tatsächlich erhöht?
Erhöht haben sich die Preise. Erhöht wurden die Mieten. Erhöht wurden Wasser, Müllabfuhrtarife, die Telefongebühren, die Benzinpreise etc.
Immer mehr Kollegen fragen sich, was sie von dieser sozialliberalen Regierung noch zu erwarten haben und beantworten diese Frage mit: wir haben von dieser Regierung nichts mehr zu erwarten und auch nicht von einer anderen Regierung.

Sie werden uns nichts schenken - um jede Mark müssen wir kämpfen

Immer mehr Kollegen fragen sich, was sie für eine Erhöhung ihrer "Lebensqualität" denn tun können? Und immer mehr Kollegen geben darauf die Antwort, dass man sie sich erkämpfen muss. Im Frühjahr und Sommer letzten Jahres haben die Kollegen begonnen, nicht mehr auf "ihre" Regierung zu warten, haben sie begonnen nicht mehr auf "ihre" Gewerkschaft und deren Kampfaufforderungen zu warten. Im Frühjahr und Sommer letzten Jahres haben Hunderttausende von Kollegen, vor allem in der metallverarbeitenden Industrie Nordrhein-Westfalens, aber auch hier in Frankfurt, zum Beispiel bei Adler, bei Klimsch etc. begonnen, sich das zu holen, was sie zum Leben brauchen, d.h. einfach zunächst mal mehr Geld. Hunderttausende von Kollegen aus den Betrieben haben "wild" gestreikt, um sich eine Teuerungszulage zu erkämpfen. Hunderttausende von Kollegen haben damals erkannt, dass sie sich selbst organisieren müssen, dass sie ihre Interessen selbst durchsetzen müssen, und sie haben ihre Interessen mit Aktionen durchgesetzt, die von unserem "Rechtsstaat" illegale Aktionen genannt werden. (Wilde Streiks werden vom Gesetz illegal genannt.) Die streikenden Kollegen haben nicht nur einen Erfolg erzielt, (fast in allen Betrieben wurden Teuerungszulagen gewährt, einige Betriebe haben sogar aus Angst vor "illegalen" Aktionen ihre Arbeiter freiwillig bezahlt.) und mehr Geld erkämpft, sondern sie haben gesehen, dass durch ihre eigenen radikalen Aktionen plötzlich eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu erreichen war, obwohl SPD, Gewerkschaften und Unternehmer vorher das Gegenteil behauptet hatten. Sie wissen, dass sie sich auf zukünftige Auseinandersetzungen mit dem Kapital vorbereiten müssen: so haben die Kollegen der Hella-Werke in Lippstadt ein multinationales Komitee gegründet (das heißt eine Betriebsgruppe mit Kollegen aller Nationalitäten).
Die Reaktion des Staates auf die wilden Streiks der Kollegen in Nordrhein-Westfalen bestand darin, den Polizeiapparat mit 16,5 Millionen DM großzügig auszubauen, um zukünftige wilde Streiks unterdrücken zu können.
In der diesjährigen Tarifrunde im Öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie waren die Gewerkschaften gezwungen auf den Druck der Kollegen hin, relativ hohe Forderungen zu stellen. Da die öffentlichen Arbeitgeber diese hohen Forderungen ablehnten, mußte die ÖTV eine Urabstimmung und einen dreitätigen Streik durchführen, um für die Kampfbereitschaft der Kollegen ein Ventil zu schaffen, damit der Streik der Gewerkschaft nicht aus den Händen gleiten kann. Von Anfang an sah die Strategie der ÖTV vor, die Kampfbereitschaft der Kollegen nicht so einzusetzen, daß eine volle Verwirklichung der aufgestellten Forderung herauskommt. Aber die Kollegen gingen mit ihren Aktionen teilweise über das hinaus, was ihnen die Gewerkschaft vorgeschrieben hatte. Die Kollegen haben zum Beispiel das Rathaus in Kassel besetzt, mehrere Bezirksbürgermeisterämter blockiert, den Strom der Saarbrückener Zeitung abgestellt. Das waren "illegale" und notwendige Aktionen.
Bei der Urabstimmung über den 11% Abschluß haben die Frankfurter ÖTV-ler mit 75% dieses Ergebnis abgelehnt und nochmals ihren Unmut ausgedrückt. In Offenbach haben ÖTV-ler ihren Funktionären wegen des Abschlusses Prügel angeboten. Viele Kollegen im Öffentlichen Dienst haben erkannt, dass sie nur durch solche Aktionen Erfolge erzielen können, die nach den herrschenden Gesetzen als illegal bezeichnet werden.
In Nordhorn-Range haben im letzten Jahr tausende von Bürgern (Bauern, Arbeiter, Lehrlinge, Schüler, Frauen) Aktionen gegen den unerträglichen Lärm des Bombenabwurfgeländes, der sie systematisch fertigmacht, durchgeführt. Sie haben sich nicht mehr auf Landesregierung etc. verlassen und ihre Interessen selbst in die Hand genommen. Sie haben den Tower des Flughafens besetzt, mit Bäumen die Zugänge blockiert und Militärfahrzeuge in Brand gesteckt, weil sie in solchen Aktionen die einzige Möglichkeit sahen, ihrem Leben wieder eine Qualität zu geben. Das waren illegale Aktionen.
In der Metalltarifrunde wurden von den Vertrauensleuten bis zu 18%-Forderungen aufgestellt. Waren das auch illegale Aktivitäten, weil sie über das "vertretbare Maß" hinausgingen? Die Kollegen haben sich damit nicht an die Richtlinien des Staates gehalten: Willi Brandt gönnte den Kollegen nicht mehr als 9% weil das angeblich wirtschaftlich nicht tragbar wäre.
Die IGM in Hessen hat es geschafft, diese Forderung in den Verhandlungen auf 11% zu drücken.
In Norddeutschland stehen aber noch 14% zur Debatte, weil die Kollegen auf ihren Forderungen beharren. 94% haben für Streik gestimmt. Einen Streik, der der SPD nicht ins Konzept passt.



Die Geschichte der besetzten Häuser:

Okt. 71 - Besetzung des Hauses Bockenheimer Landstr. 111 als Antwort auf die brutale Räumung des Grüneburgweges 113.

Juni 72 - Auflösung aller alten Mietverträge der legalen Mieter der Häuser Schumannstr. 69/71, die daraufhin die beiden Häuser als besetzt erklären. Neue Nutzungsverträge mit diesen Mietern sowie mit den Besetzern der Bockenheimer Landstr. 111 Parterre und 1. Stock) durch die städtische Wohnheim GmbH, eine Gesellschaft, die zwischen Spekulanten und Besetzern die Übergangszeiten bis zum beabsichtigten Termin des Abriß vertraglich regeln sollte.

Ende März 73 - Auslaufen der Verträge von uns Verlängerungsgesuch, (Gericht: angeblich eine 1/2 Std. zu spät eingereicht)
- Räumungsklage der Wohnheim GmbH
- Schreiben des Sozialamtes: Verweis auf Nicht-Zuständigkeit des Wohnungsamtes - wir sollen uns an das Studentenwerk wenden. Antwort des Studentenwerkes: Mehrere tausend Studenten suchen Wohnungen, der Hinweis auf das Studentenwerk sei nur eine Verschiebung des Problems, hinzu kommt, daß fast 20% von den Bewohnern keine Studenten sind.
- Räumungsprozeß verloren: "Verlängerung des Mietverhältnisses um einen Tag zu spät beantragt; keine sozialen Härtefälle".
- Go-in beim Sozialamt: Forderung von uns auf Flugblättern dargelegt.

Okt. 73 - Auslaufen der Räumungsfrist (3000 Genossen sind nachts in der Uni, um Räumung zu verhindern)
- SPD will verhandeln, schickt ihren Salonlinken Berkemeyer.

Nov. 73 - Verhandlungen mit SPD, wir präzisieren unsere Forderungen: Ersatzwohnraum für die ausländischen Arbeiterfamilien, die unter unzumutbaren Wohnverhältnissen in Mietstreikhäusern leben (wird auf diesem Termin von den bestimmten Familien vorgetragen) und Ersatzwohnraum für die 80 Bewohner des Häuserblocks, die in Wohngemeinschaften bleiben wollen, Ersatzräume für den Kinderladen und das Mieterzentrum.

Dez. 73 - SPD bricht Verhandlungen ab - verweist auf die Ämter (die uns jedoch schon vorher ihre Nicht-ZUständigkeit schriftlich bescheinigt haben); Härtefälle sollen sich beim Wohnungsamt melden.
"Härteflälle", so die SPD in der FR, seien eine Familie mit 5 Kindern, wo der eine Elternteil krank sei- in dem Sinne der SPD war also keiner von uns ein "Härtefall".
- Die Blockbewohner machen eine Demonstration zum Wohnungsamt "Wir sind alle Härtefälle" und tragen dort, vor dem mit Bullen besetzten Amt, ihre Forderungen erneut öffentlich vor.

Die Stadt kann den Abriß der Häuser verhindern; Bubis kann nicht alle in der Vorgenehmigung gemachten Auflagen erfüllen, er kann die Schumannstr. 64 nicht aufkaufen; die SPD macht jedoch davon keinen Gebrauch, sie fühlt sich Bubis "moralisch verpflichtet". Gegen den geplanten Hochhausneubau legen 2 Nachbarn Widerspruch ein, der Nachbar Bock fällt um, Bubis "schenkt" ihm für das Zurückziehen seines Vetos gegen den Büroturm das Haus in der Schumannstr. 62.
Zwischen Weihnachten und Neujahr rechnen die Bewohner erneut mit der Räumung nach entsprechenden Erklärungen von SPD-Politikern - daraufhin erneute Massenversammlungen.

11. Jan. 74 - Veranstaltung im Volksbildungsheim: "Wir alle gegen SPD, Banken, Unternehmer" - Blockbewohner, Häuserrat, Kita-Mitarbeiter, LAW, Jugendhausinitiative, Stadtteilgruppen, Kollegen Ford und Lippstadt u.a.

Jan/Feb. - Ständiger Räumungterror - nachts fahren große Polizeifahrzeuge vor den Häusern auf: Stabscheinwerfer werden in die Fenster geblendet, Drohungen gegen die Bewohner, Zivilstreifen nehmen laufend Bewohner zur Personenkontrolle fest, nächtliche fingierte Anrufe. Die Bewohner zusammen mit dem Anwaltskollektiv Golzem, Plottnitz stellen auf einer Pressekonferrenz Strafanzeige gegen die Bullen. Polizeiminister Bielefeld weiß angeblich von nichts (nachträglich wird dieser faschistische Terror stolz als Polizeitaktik ausgegeben - auf die Strafanzeige haben wir bis heute nichts gehört)

Feb. 74 - Die Stadt Frankfurt gibt eine "Kommunale Zeitung" heraus - eine Volksverhetzung im übelsten Sinne - bereitet die Auseinandersetzung auf der Ebene übelster faschistischer Hetzpropaganda vor.
Die Zeitung wird jedoch obwohl sehr kostspielig und aufwendig hergestellt nicht sehr groß verbreitet, anscheinend ist da doch manch biederer Sozialdemokrat über die Fähigkeiten seiner Führung erschrocken.

5. Feb. 74 - Der Asta der Frankfurter Uni schaltet sich in den Konflikt ein, er will Öffentlichkeit über unsere Forderungen herstellen; er stellt eine Verbindung zu Polizeiminister Bielefeld her, der sich im Dez. 73 für eine "soziale Lösung" des Konflikts ausgesprochen hatte.

13. Feb. 74 - Der Asta übermittelt dem Minister im Auftrag der Blockbewohner per Fernschreiber die Forderung der Bewohner. In einem Telefongespräch erklärt der Referent des Ministers, er nimmt unsere Forderungen zur Kenntnis, bei ersten Vorschlägen würden sie beim Asta zurückrufen. (Dieses Gespräch ist auf Tonband aufgezeichnet).

21. Feb. 74 - Bielefeld, Arndt und Müller schicken ihre Knüppelgarden zum Räumen - ihr erster konkreter Vorschlag zur Lösung unseres Wohnungsproblems.

MIETSCHULDEN ??

Man wirft uns vor, daß wir, in der Schumannstraße 69/71 und in der Bockenheimer Landstr. 111/113 überhaupt keine Miete bezahlt hätten, daß wir dadurch auf Kosten der Steuerzahler - auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung also - gelebt hätten. Das erzählen die Leute, die selber nur in ihren Ämtern rumsitzen und mit 3- oder 4tausend Mark im Monat dafür bezahlt werden, daß sie sich selbst die billigen Sozialwohnungen verschaffen. Aber es stimmt einfach nicht, was sie über unsere Mietzahlung verbreiten.
Wahr ist, daß wir mit der Wohnheim GmbH Mietverträge über 80.-DM im Monat pro Zimmer abgeschlossen hatten. Wohlgemerkt: Diese 80.-DM waren abgemacht als sogenannte Warmmiete - also Miete, Umlagen und Heizung incl. Eine ziemlich niedrige Miete, aber dafür haben wir die Häuser ja besetzt - denn sonst hätten sie leergestanden und dafür hätte es dann gar keine Miete gegeben!
Und diese 80.-DM hat jeder von uns auch bezahlt. Obwohl die Wohnheim GmbH als Verwalter der Häuser nichts getan hat, um sie instand zu halten, sondern sie hat die Häuser bewußt verkommen lassen. So haben wir zum Teil selbst geheizt, haben selbst auch die Kohlen kaufen müssen, haben viele Wohnungen renoviert und fast alle Reparaturen selbst gemacht. Diese Kosten haben wir natürlich mit der zu bezahlenden Miete aufgerechnet. Damit war die Wohnheim GmbH nicht einverstanden und deshalb haben wir mit ihr darüber verhandelt, haben unsere Rechnungen offengelegt, sind uns endlich einig geworden <u>und haben die restlichen Schulden bis auf den letzten Pfennig bezahlt</u>!

DER WOHNUNGSKAMPF GEHT WEITER

Mit der räumung der vier Häuser an der Ecke Schumannstr. /Bockenheimer beginnt ein neuer Abschnitt der Frankfurter Wohnungspolitik. Nachdem die SPD bereits früher durch die Unterstützung des Baus von Büropalästen die Grundlage zur Vertreibung der Wohnbevölkerung gelegt hat, wurde sie durch die massenhaften Aktionen anläßlich der Räumung des Hauses Kettenhofweg 51 zum erstenmal gezwungen, direkt durch Polizeieinsatz einzugreifen. Nach der Räumung des Kettenhofwegs 51 hat die SPD keine Gelegenheit ausgelassen, sich mit Hilfe des Sozialbindungspapiers, der Wohnheim GmbH, der Strukturpläne usw. als Kämpfer gegen die Spekulation anzupreisen. Gleichzeitig aber wurden Wohnungen an folgenden Stellen zum Teil mit Unterstützung derSPD-Polizei vernichtet, unter anderen Kettenhofweg 109, mehrere Häuser in der Feuerbachstr. , Elsa-Brandströmstr. , Bettinastr. 35, Westendstr. 60, Schwindstr. 14, Eppsteinerstr. 44 Friesengasse und als letztes brutales Beispiel Altkönigstr. 12. (Mieter rausgeschmissen, Wohnungen zusammengeschlagen) Bei der Räumung der Häuser an der Ecke Schumannstr. /Bockenheimer sagt die SPD nun, das wäre einer der letzten Planungsfehler - eine Leiche im Keller - das aber ist schlichtweg gelogen, was sich daran zeigt, daß innerhalb des nächsten Jahres eine Vielzahl von Wohnungsräumungen und Hauszerstörungen ansteht. Neu daran ist, daß dies massiv mit Unterstützung von Magistrat und Polizei passieren wird: Das Haus Schubertstr. 27, das im August 72 besetzt wurde, kann auf grund eines Gerichtsurteils ab 1. März geräumt werden. Rechtskräftige Räumungsurteile gibt es weiterhin für die Häuser Corneliusstr. 24, Westendstr. 70, Kettenhofweg 109. Weitere Räunungsurteile werden im März gegen die Bewohner der Häuser Guiollettstr. 56 und Niedenau 51 verkündet. Außerdem wurden gekündigt: Siesmayerstr. 6 und Ulmenstr. 18. Die Räumungsdrohungen reichen weiter über die Häuser Schwindstr. 12 und 14, Bettinastr. 32 und 34, Siesmayerstr. 4, Westendstr. 58, 60, 62 und70, Gräfstr 45, Liebigstr. 45, Niedenau 39 und hören nicht auf bei der Beethovenstr. 32. Der größte Teil dieser 22 Häuser wird im Auftrag der Spekulanten verwaltet von der Städtischen Wohnheim GmbH. Diese Gesellschaft hat ebenso wie beim Block die Räumungsprozesse angestrengt und durchgepeitscht. Das bedeutet: Die Räumung des Blocks ist der Auftakt zu einer ganzen Welle von Räumungen; die Stadt wird ihre brutalen Methoden von Wohnraumräumung und - zerstörung Monat für Monat wiederholen.

Diese Räunumgen werden erfolgen, obwohl bei den meisten Häusern keine Abriß- und Neubaugenehmigung vorhanden ist, obwohl viele dieser Häuser in Gebieten liegen, die laut Bebauungsplan als Wohngebiet ausgewiesen sind,

obwohl der Widerstand gegen diese Politik immer größer wird, und dies nicht nur in unseren Aktionen, sondern auch in der jetzt noch passiven Solidarität von Seiten der Bevölkerung,

obwohl inzwischen Tausende von Luxuseigentumswohnungen und Büroflächen leerstehen.

Was sind nun die Gründe dafür, daß die SPD auf der einen Seite das Ende der Spekulation behauptet, auf der anderen Seite weiter Bewohner aus ihren Wohngebieten vertreibt und gleichzeitig versucht mit Anzeigen z. B. in der Financial Times und Werbebüros etwa in New York versucht, neue Spekulanten nach Frankfurt zu ziehen?

Hierfür gibt es nach unserer Auffassung hauptsächlich 2 Gründe:

Der erste Grund ergibt sich aus der Beteiligung der Banken an der Spekulation. In den Jahren 69 und 72 flossen Kredite in Höhe von mehr als 600 Millionen Mark in das Frankfurter Westend; über 450 Millionen davon wurden allein den 50 Westend-Spekulanten in den Rachen geschmissen. Nur auf Grund dieser Riesenkredite, die fast ausnahmslos die Kaufpreise der Grundstücke mehrfach überstiegen haben, konnten sich die Spekulanten im Westend einnisten. Gerade die Staats- u. Gewerkschaftsbanken, in denen SPD-Bonzen die Entscheidungen fällen, spielen hierbei eine immer größere Rolle. Diese Banken haben ihren Anteil an den Bodenkrediten im Westend auf 35% gesteigert. Für die derzeit mit Räumung bedrohten Häuser beträgt der Anteil ihrer Kredite sogar mehr als die Hälfte - mehr als 15 Millionen also! Ein Beispiel für viele: Die Häuser Schwindstr. 12 u. 14. Hier traten die Bewohner im Jan. 72 in den Mietstreik; eine DGBeigene Bank hatte daraufhin nichts besseres zu tun, als den notleidenden Spekulanten Wiener mit einen Kredit in Höhe von fast 2 Mill. DM zu unterstützen. Dies zeigt, daß die SPD-Führung über ihre Banken die Spekulation anheizt und an ihr verdient. aber es geht nicht nur darum, daß der SPD-Magistrat mit den Räumungen die Interessen der SPD-Banken wahren muß, sondern es geht auch darum, die Ansätze von Widerstand im Keim zu ersticken.

(Westendgruppe)

DIESE ELENDEN TERRORISTEN WOLLEN NUR KAPUTTMACHEN, WAS WIR MÜHSAM AUFGEBAUT HABEN!

SPD und BANKEN SIND DIE WAHREN SPEKULANTEN



FRANKFURT AM MAIN

still has space and opportunities for development of new industrial and trade enterprises.

At the crossroads of the European communication system

THE IDEAL LOCATION

has made Frankfurt am Main an important economic and trading centre

Excellent traffic connections with Europe's well-known motorway intersection, Frankfurt Rhein-Main International Airport, main railway junction, modern port facilities, industrial sites with railway sidings, shipping and supply network.

FOR INDUSTRY AND TRADE

the suitable site for a new branch.

FRANKFURT AM MAIN an economic centre

Apply for information and advice to the Amt für Wirtschaftsförderung, Frankfurt am Main, Untermainkai 13, Tel, 212/36 86

aus "Financal Times" vom 10.1.74

FRANKFURT AM MAIN

hat noch Raum und Möglichkeiten zum Aufbau neuer Industrie-und Handelsunternehmen

An der Achse des europäischen Kommunikationsystems

DIE IDEALE LAGE

hat Frankfurt/Main zum bedeutenden Wirtschafts-und Handelssentrum gemacht. Ausgezeichnete Verkehrsverbindungen mit Europas bekannten Autobahnen ,Frankfurts internationalem Rhein/Main Flughafen,wichtigen Eisenbahnverbindungen,modernen Hafenanlagen,Industrieanlagen mit Eisenbahnanschluß, Schiffs-und Versorgungsnetz,

FÜR INDUSTRIE UND HANDEL

der angemessene Platz für eine neue Niederlassung.

Frankfurt, ein ökonomisches Zentrum

Information und Ratschläge am Amt für Wirtschaftsförderung,Frankfurt/Main, Untermainkai 13,Tel.212/4 Tel.212/3686



KOMMENTAR :

Mit dieser Anzeige wirbt der Frankfurter Magistrat in englischen Wirtschaftszeitungen.Er bietet darin Banken und Konzernen Grundstücke zum Kauf an,Grundstücke auf denen heute noch manches gut erhaltene Wohnhaus steht.Die Frankfurter Bevölkerung erfährt davon nichts.Statt dessen verkündet OB Rudi Arndt am 7.1. 74 in allen Frankfurter Zeitungen lauthals:"ICH WERDE DEN SPEKULANTEN DIE ZÄHNE ZEIGEN!"(Wahrscheinlich ist ihm dabei das GEBIS herausgefallen)

Er sagte dies ,als man in der Öffentlichkeit etwas von englischen Grundstückskäufen in Frankfurt erfuhr.

DIE MEINUNG EINES BÜRGERS:

Äusserungen und Kommentare am vergangenen Donnerstag und Samstag wirken von Tag zu Tag befremdlicher auf jemand, der ohne Emotionen sachlich differenziern will und nach den Ursachen der Krawalle sucht.

Daß Herr Dregger geifert, ist nicht verwunderlich. Für einen derart psycho-pathologisch faschistischen Verdreher von "Ruhe und Ordnung" in "Todesruhe und Friedhofsordnung" ist das normal.

Ihn und seinesgleichen kann man bei der Suche nach der Gerechtigkeit getrost außer acht lassen.

Dass der Ministerpräsident dieses Landes nicht genauer prüft ist schon eher schokierend. Ein Sozialdemokrat hat ein waches Gespür für jede Art von Ungerechtigkeit! (sollte er haben)

Die Äußerungen des Oberbürgermeisters und des Polizeipräsidenten dieser Stadt lassen bezweifeln, ob die Herren Arndt und Müller die Verfassung Hessens noch anerkennen.

Ob die Herren in Bonn sachlich unterrichtet wurden, muß man bei einer solchen Haltung schon bezweifeln dürfen. Der derzeitige Bundeswohnungsminister ist zu fragen, warum er sich weiter Sozialdemokrat nennt, wann er endlich wie Herr Müller 1972 über eine soziale Demokratie" zu seiner geistigen Heimat CSU übertreten will.

Daß Machwerke vom Niveau der Bildzeitung nur hetzen können, ist weithin bekannt. Springersche Dummheiten interessieren nicht. Die bürgerliche Presse bleibt ihrem Auftrage treu, die herrschende Ausbeuterklasse zu schützen. Sie tut es unbedenklich auf Kosten der Wahrheit und einer gerechten Darstellung. Sie muß es wohl tun, sie ist zu sehr in das gemeinsame Komplott verwickelt.

Es bestürzt und schmerzt aber, daß ein Blatt vom Rang der Frankfurter Rundschau nicht fähig oder bereit ist, die Dinge deutlich beim Namen zu nennen und statt dessen in den allgemeinen Chor der unsachlichen Verunglimpfung der Demonstranten einfällt.

Noch darf der Bürger über den Zustand seines Landes nachdenken. Dabei ergeben sich schnell erschreckende Resultate.

Es ist ohne Zweifel völlig legitim, allgemein festzustellen:

1. Die Sozial-und Wirtschaftsordnung des Landes Hessen und der BRD beruht längst nicht mehr auf der Anerkennung der Würde und der Persönlichkeit des Menschen. (entgegen der Forderung Artikel 27 HV)

2, Die menschliche Arbeitskraft steht längst nicht mehr unter dem besonderen Schutz des Staates(entgegen der Forderung Artikel 28 HV)

3. Das Arbeitsentgelt genügt längst nicht mehr ausreichend zum Lebensunterhalt für den Arbeitenden und seine Unterhaltsberechtigten(entgegen Artikel 33 HV).

4. Die Herrschaft weniger Kapitalisten hat die Forderungen des Artikels 3o HV längst durchlöchert.

5. Die Wirtschaft des Landes nimmt längst nicht mehr die Aufgabe wahr, dem Wohl des ganzen Volkes zu dienen (entgegen Art. 38 HV) Beispiele sind doch allgemein bekannt.

6, Der Missbrauch der wirtschaftlichen Freiheit ist nicht nur nicht mehr untersagt, er ist gewollt (entgegen Art. 39 HV) Er wird mit brachialer Gewalt der Wirtschaftsmächtigen durchgesetzt, der Staat leistet willig Büttel-dienste. (Siehe die Ereignisse des Donnerstag)

7. Beim Privateigentum gilt die Gewährleistung nur noch für die "oberen Zehntausend". Die Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft ist längst überholt (entgegen Art. 45) In der Zusammenballung, wie sie hier besteht zerstört "Privateigentum" jedes Gemeinwohl. (Um es nochmals zu verdeutlichen: das Privateigentum wird in dieser Form absolut nicht gewährleistet. Es ist doch erwiesen, dass täglich kleine Geschäfte geschlossen werden müssen. Auch der Einfamilienhausbesitzer an der Bockenheimer Landstraße wird von den "Privateigentümern" zerschlagen, er muss der Gewalt der Kapitalisten weichen.)

Art. 43 der Verfassung steht nur noch auf dem Papier.

Es ist sinnlos, feststellen zu wollen, wer an dieser Entwicklung schuld ist. Arndt hat in einem klugen Augenblick sich verteidigen wollen, der OB schaffe die gesellschaftspolitischen Zustände nicht, er finde sie vor.

Muß aber der Bürger sich mit den ständigen Verletzungen der Verfassung abfinden?

Wiederum ist es völlig legitim zu sagen:

8. Es existiert nicht nur ein Demonstrations<u>recht</u>, sondern auch eine Demonstrations<u>pflicht</u>. Es besteht gegen den Bruch der Verfassung nicht nur ein Widerstands<u>recht</u>, sondern für jeden Bürger Widerstands<u>pflicht</u>!

Diese, Herr Dregger, und andere provozierende Feststellung ist eindeutig Bestandteil der Hessischen Verfassung, Artikel 146 - 147 !

Ich kann mir ersparen, bei den einzelnen Punkten detaillierte Beweise anzuführen. Sie sind jedem sichtbar, der sie nur sehen will.

Nach allem bewiesenen Verfassungsbruch muss man also erschreckt folgern:

Die freiheitlich-soziale Ordnung, diese vielberufene, ist längst nicht mehr so freiheitlich-sozial, wie die Mächtigen den Betroffenen vorgaukeln wollen.

Oder härter: Es sind gemeine Verfassungsbrecher am Werk, die unter dem heuchlerischen Vorwand des Schutzes nur noch eine Fassade des "Rechtsstaates" bestehen lassen. Jede Äusserung, die auch nur andeutet, gegen sie vorgehen zu wollen, betrachten sie bereits als Verbrechen.

Wen wundert es, wenn junge Leute schon eine <u>Verpflichtung</u> zum Widerstand sehen? Wir benötigen mehr mit dieser klaren Haltung.

Ohne weiteres wird zugestanden, dass unter den Demonstranten ebenfalls Leute sind, die Verfassungsfeinde sind wie jene, die unter der Behauptung, sie zu schützen, sie zerschlagen.

Ob Klerofaschismus oder Funktionärsfaschismus pseudokommunistischer Art - es bleibt Bruch der Verfassung !

Was soll also diese dumme Verallgemeinerung? Glauben die Hetzer um Polizeipräsident Müller, alle Demonstanten seien gewissenlose Anarchisten gewalttätiger Art? (Herr Müller sollte zunächst einmal den gravierenden Unterschied verschiedener Anarchieformen kennenlernen!)

Wenn man den Gedanken dieses Polizeidiktators folgt, ist aber bereits jeder, der das Verbrechen von Herrn Bubis als solches zu bezeichnen wagt, ein Verfassungsfeind - was auf Herrn Müllers Kenntnisse der Verfassung schliessen läßt (oder sein Verhältnis zur Aufrechterhaltung derselben). Seine Äusserung am vergangenen Donnerstag in der Pressekonferenz, jede Ansammlung von mehr als 5 Leuten werde "zerschlagen", ist derart faschistoid, dass ich mich wundere, wieso Demokraten, wie Herr Arndt zu sein vorgibt, ihn nicht auf der Stelle aus dem Amt entfernt haben !

Wir müssen uns weigern, diese Verpflichtung zum Widerstand negieren zu sollen !

Keine Missdeutung durch "Verfassungsschützer

Ich rufe nicht zum Widerstand auf, schon gar nicht zum sinnlos gewalttätigen, der doch nur mit einer Niederlage der Entrechteten enden muss, solange nicht die gesamte Bevölkerung die Verbrecher aus ihren Ämtern jagt.

Ich weigere mich aber (und hoffentlich weigern sich Tausende mehr) dumme Hetze zu bejahen und ohne Prüfung irgendjemand das Recht oder gar die Pflicht abzusprechen, das gemeine Versagen oder gar das Komplott der Verantwortlichen anzuprangern !

Ich weiss keine Lösung - doch ! Eine: ehrliche, dem Volk verantwortliche und dem Volkswohl verpflichtete Politiker, keine Kreaturen der Kapitalisten, sondern Menschen, die ihren erteilten Auftrag ernst nehmen.

Aber vielleicht ist das schon Utopie..........

Dann leb wohl, freiheitlich-sozial genannter Rechtsstaat, Verbrecher wie Bubis und Konsorten und deren Handlanger sind und haben die Macht im Staate.......Wie gehabt......

Ist der Archipel Gulag so weit entfernt ?

H.CH. MATTES



WER TERRORISIERT WEN



TÄGLICHE GEWALT UND MIETERTERROR
- Arbeiteremigranten in Frankfurt -
Wenn sich gegen Mißstände in "unserer" Stadt massenhafter Widerstand regt, greifen SPD und Magistrat zum vorerst letzten mittel der Unterdrückung: mit brutalem Einsatz von "Ordnungshütern" setzen sie die Interessen von Hausbesitzern, Spekulanten und den dahinterstehenden Banken durch. Wenn dieser Widerstand aber noch isoliert in den einzelnen Häusern aufflackert, wie das bei den meisten Mietstreikhäusern der Emigranten (damit meinen wir die ausl. Arbeiter, die nach Deutschland emigrieren mußten, weil sie in ihren Heimatländern keine Arbeit bekommen) der Fall ist, so genügen den Hausbesitzern noch vollauf die "üblichen" Methoden:

SELBSTJUSTIZ UND GERICHTE

Überhaupt besteht ein sehr inniges Verhältnis zwischen Gericht und Hausbesitzern: auf der einen Seite bleiben Anzeigen gegen Mietwucher (bei Preisen von 1o - 15.-DM/qm für völlig verkommene Altbauten)monate und jahrelang liegen - oder verschwinden sogar plötzlich wie in der Koselstr. 56 - auf der anderen Seite werden die Räumungsprozesse und Zahlungsklagen gegen die Mieter bereits nach 2-3Monaten abgewickelt, für die Frankfurter Justiz eine enorme "Leistung". In der Weberstr. 21, wo jetzt die Zahlungsklagen verhandelt werden (qm-Preis von 15.-DM, z. T. Wohnlöcher) flatterten einigen Mietern sogar Lohnpfändungen ins Haus: die Mieter zahlten den Wucher, ohne daß die Berechtigung der Mietforderung geklärt worden wäre.



In anderen Stadtteilen läuft schon dasselbe ab: aus der Innenstadt sollen weitere 9000 Menschen vertrieben werden, aus Bockenheim sind schon über 1oooovertrieben, in Bornheim geht es jetzt erst richtig los, dasselbe im Nordend, in Sachsenhausen und anderen Stadtteilen - jeder kann es beobachten. Das ist natürlich nicht die Schuld der Ausländer, sondern die eiskalte Kalkulation der Spekulanten und ihrer Banken.

Wenn die Emigranten sich gegen diese Zustände wehren, ist das ihr gutes Recht - aber wir "Frankforder" können hier und da in den Häuser den Emigranten selbst helfen - indem wir einfach mal in das Haus um die Ecke gehen - oder zumindest durch unseren öffentlichen Protest!

(Emigrantengruppe NORDEND)



Den berüchtigten Hausbesitzer Hechler kennt mittlerweile fast jeder. Mit einer eigens zusammengestellten Truppe von Schlägern versucht er, seine Wuchermieten einzutreiben, wobei er sogar vor dem Drohen mit der Pistole nicht zurückschreckt. Aber Hechler ist kein Einzelfall!! Von anderen Hausbesitzern sind ähnliche Gewaltmethoden bekannt. In der Presse standen schon einige Beispiele - die meisten aus dem Westend. In anderen Stadtteilen geht es jedoch genauso brutal her: so schlägt z. B. der Besitzer des Hauses Weberstr. 28 im NORDEND häufig die Kinder der Bewohner, jagt sie aus den Garten auf die Straße, wobei bereits ein Kind tötlich verunglückte.

Dies sind nur einige Beispiele für den nackten Terror der Hausbesitzer. Selbstjustiz ist es jedoch auch, wenn z. B. Hechler in der Koselstr. die Stromleitungen derart verkommen läßt, daß das Haus zur permanenten Brandfalle für die Bewohner wurde.

Anstatt nun den Hausbesitzer zur Reperatur zu zwingen oder selbst die Initiative zu ergreifen haben die Stadtwerke prompt dem ganzen Haus den Strom abgestellt (wie vorher im Hechlerhaus Rotlindstr. 4). Die Leute können nun seit einem Monat nicht heizen, nicht kochen, nicht waschen. Kokowsky vom Wohnungsamt meint dazu nur lakonisch:"Die Gastarbeiter scheinen ja ganz gut ohne Strom auszukommen"- und verschanzt sich hinter seinen "juristischen Schwierigkeiten". Inzwischen mußte ein Kind infolge der Kälte und Unterernährung ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Wenn die Selbstjustiz nicht mehr wirkt und die Mieter sich organisiert dagegen wehren, dann greifen die Hausbesitzer auf die geltenden Gesetze und die Gerichte zurück - mit den gleichen Methoden:so werden oft völlig aus der Luft gegriffene Forderungen vor Gericht eingeklagt. Die Emigranten, die mit den Gerichtsschreiben nichts anzufangen wissen (wer von uns kenntsich in diesem Paragraphengewirr schon aus ??) versäumen Fristen, wahren nicht die vorgeschriebene Form usw. -prompt werden sie aus formalen Gründen verknackt (Beispiel:Hechler gegen den Jugoslawen Milekovic, bei dem wir gerade noch rechtzeitig helfen konnten).

WAS HABEN NUN WIR DAMIT ZU TUN ?

Die Wuchermieten, die die Spekulanten aus den Emigranten herauspressen sind nur ein Nebeneffekt ihres eigentlichen Zieles:
Sie wollen durch totales Überbelegen erst einzelne Häuser unbewohnbar machen, um Abrißgenehmigungen zu bekommen. So wurden im Westend ganze Straßenzüge, ein ganzes Viertel zerstört und die Bewohner vertrieben.

WIDERSTAND IST NÖTIG



Die sauberen Geschäfte des Herrn Ignaz Bubis:

PRESSEERKLÄRUNG DER GRUPPEN

AKTIONSGEMEINSCHAFT WESTEND
AKTIONSGEMEINSCHAFT INNENSTADT
ARBEITSKREIS BOCKENHEIM
BÜRGERINITIATIVE BLEICHSTRAßE

Zu den Vorgängen Bockenheimer Landstr/ Ecke Schumannstr.:
der Abriß von Wohnhäusern zum Zwecke der Errichtung von Bürogebäuden erreichte an 21. Febr. eine neue Dimension: Zur Durchsetzung seiner Privatinteressen kam einem Bauherrn die Polizei zu Hilfe und riegelte einen Teil des Stadtviertels, eine Hauptverkehrsader und eine der wichtigsten Straßenbahnlinien einen ganzen Tag lang ab. Das Gemeinwohl, dem die staatliche Ordungsmacht dienen soll, wurde ein Opfer des Privatinteresses.
Nebenbei: die Kosten für solch einen großen Polizeieinsatz zur Bewachung einer Abbruchbaustelle müssen enorm sein. Hoffentlich werden sie dem Bauherrn in Rechnung gestellt.
Wohnraumzerstörung:
Bei Erkenntnis der Unsinnigkeit des Geschehens überkommt den Bürger ein Gefühl des Erschreckens und der Ohnmacht: gut erhaltener und preiswerter Wohnraum - in Citynähe dringend benötigt- wird vernichtet. Dafür soll Büroraum in Form eines massigen Turmes (der die Schumannstr. städtebaulich ruiniert) geschaffen werden, der nicht benötigt wird, da in Frankfurt ohnehin 3oo ooo qm Büroflächen leerstehen.
Die Stadt duldet und genehmigt das Bauvorhaben,obwohl sie schon im Jahre 1971 erkannt haben müßte, daß die ganze Entwicklung im Westend verhängnisvoll war. Sie scheute sich aber für frühere Fehler zu zahlen und brachte sich durch weitere Auflagen und Zusagen immer tiefer in eine Zwangslage. Es wird ein Fehler für viele Jahrzehnte zementiert, statt daß er in der Entstehungsphase bereinigt worden wäre. In großem Maße wird an unseren Städten Raubbau getrieben nach den Gesetz der verantwortungslosen Profitmaximierung.
Hier hilft auch nicht als Trostpflaster das Argument, daß billiger Ersatzwohnraum durch den Bauherrn geschaffen werden soll. Der "Ersatz" erweist sich bei näherem Hinsehen als Milchmädchenrechnung: Herr Stieglitz wollte in der Altkönigstr. 12-16 sechzig Wohnungen bauen. Hochtief beabsichtigte die Grundstücke für denselben Zweck von Stieglitz zu erwerben. Herr Bubis überbot die Hochtief um 500 000 DM, bekam die Grundstücke und wird nun 60 Wohnungen errichten, die auch ohne ihn an dieser Stelle gebaut worden wären. Gewonnen ist nur, daß Herr Bubis sich verpflichtet hat, die Wohnungen zunächst zu Mieten des sozialen Wohnungsbaus zu vermieten.
Rechtsstaat - Instrument der Ausbeutung?
Anscheinend ist der Rechtsstaat Herrn Bubis völlig egal:
Wo er seine Interessen allein durchsetzen kann, wie im Falle Altkönigstr 12, scheut er sich nicht, zur Selbstjustiz zu greifen. Wenn er aber dazu nicht in der Lage ist, wie im Falle Bockenheimer Landstr./Ecke Schumannstr. beruft er sich auf den Rechtsstaat und holt die Polizei zu Hilfe. Auch hier zeigt sich, daß das Recht als Instrument der Ausbeutung mißbraucht und der vielzitierte Rechtsstaat auch noch hierfür eingespannt wird. Von der Verwirklichung der Sozialbindung des Eigentums an Grund und Boden sind wir offenbar noch weit entfernt. Das Eigentumsrecht eines einzelnen - das hier Wohnraumzerstörung zur Folge hatte - wird mit unverhältnismäßig großen Mitteln geschützt. Es entspricht so nicht mehr den gesellschaftlichen Bewußtsein.
Empörung bei der Räumung und dem Abbruch der Häuser zeigte sich nicht nur bei den Sympathisanten des Häuserrates, sondern bei fast allen Bevölkerungsgruppen. Dem nächtlichen Betrachter erschien der Abriß der Häuser fast wie eine öffentliche Hinrichtung mit der entsprechenden Polizeiabsperrung, wobei er sich des Gefühls nicht erwehren konnte, daß ein Unschuldiger hingerichtet wird.

Verantwortlich: AGW, 6 Ffm., Oberlindau 25, Tel.: 72 23 50

Auch die Häuser in der Schubertstr. 23/25/27 sollen geräumt werden:

Anfang August 1972 wurde das leerstehende Haus Schubertstraße 27 von Studenten, Schülern und Lehrlingen besetzt. Durch die Besetzung und die immer größer werdende Empörung der Bevölkerung über die ungeheure Spekulationswelle im Westend war die Stadt gezwungen, den Hausbesitzer, Herrn Stawski, zu einem Nutzungsvertrag mit der Wohnheim Gmbh zu drängen, die ihrerseits das Haus an uns weitervermietete. Die Wohnheim Gmbh sagte uns damals zu, daß wir das Haus bis zur Erteilung der endgültigen Abrißgenehmigung bewohnen können. Obwohl eine Abrißgenehmigung noch nicht vorliegt, wurden wir jetzt rausgeklagt!
Obwohl Tausende von Quadratmetern Büroraum und Luxuswohnraum leerstehen, will er hier einen sechsgeschossigen Betonklotz bauen mit einer Bankfiliale und Luxusappartements. Von einem Rausschmiß sind allerdings nicht nur wir Hausbesetzer betroffen, wie immer behauptet wird, sondern auch die Mieter der Schubertstraße 25 und der Corneliusstrasse 36, da diese Häuser auch Stawski gehören. Außerdem führt Spekulant Stawski Verhandlungen über den eventuellen Kauf der Schubertstraße 23. Die Bewohner des Hauses Schubertstr. 25 haben nur über drei Monate befristete Mietverträge, sodaß sie binnen 14 Tagen gekündigt werden können, falls die Bauaufsichtsbehörde eine Baugenehmigung erteilt. Nach Auskunft dieser Behörde ist die Genehmigung in zwei bis drei Monaten perfekt, und damit die Voraussetzung für eine endgültige Abrißgenehmigung erfüllt. Stawski hat unseren Nachbarn vorgelogen, daß sie mindestens 1½ J. in dem Haus wohnen könnten. Als wir sie über das Projekt unterrichteten, fielen sie aus allen Wolken und solidarisierten sich prompt mit uns. Auch haben wir uns mit Bewohnern der Schwindtstraße 12-14, den Bewohnern des Kolbheimes (Beethovenplatz) zusammengesetzt und wollen jetzt gemeinsam diskutieren, was wir tun können.

Wir wehren uns nicht nur gegen die Räumung unseres Hauses, weil es sich um ein Spekulationsobjekt handelt, sondern weil wir in diesem Haus kollektiv leben können.

BLOCKKOLLEKTIV SCHUBERTSTRASSE 27

PRESSEERKLÄRUNG DER EVANGELISCHEN STUDENTENGEMEINDE:

Die evangelische Studentengemeinde Ffm. ist betroffen und bestürzt über die eskalation der Gewalt, die mit der Räumung der besetzten Häuser Bockenheimer Landstr. / Schumannstr. und der abermaligen Zerstörung von Wohnraum im Interesse eines Spekulanten ausgelöst wurde. Die Entwicklung, die zu der jetzt eingetretenen Situation führte, war angesichts der Wohnungs- und Bebauungspolitik der letzten Jahre voraussehbar.
12 000 registrierten Wohnungssuchsenden und noch mehr in unwürdigen Verhältnissen lebenden ausländischen Arbeitern stehen gegenüber: 7 000 leerstehende, unbezahlbare Luxuswohnungen und etwa 300 000 qm leerstehende Bürofläche.
Die von der Räumung betroffenen haben in einem Saal des Dietrich-Bonnhöfer-Hauses vorläufig eine notdürftige Unterkunft gefunden. Es kann nicht Aufgabe einer christlichen Gemeinde sein, die Obdachlos gewordenen erneut zu vertreiben und auf die Straße zu setzen. Viel mehr fordern wir die Verantwortlichen Stellen auf, den ehemaligen Bewohnern der geräumten Häuser umgehend geeigneten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Dies müßte möglich sein mit einem geringen Teil des materiellen Aufwandes, mit dem das Privatinteresse eines Spekulanten durchgesetzt wurde.

gez. barbara trittelvitz (cand. med.)
karl- martin schönhals (stud. pfarrer)
dr. klaus ahlheim (stud. pfarrer)



Aufruf des Untersuchungsausschusses

Foltert die Polizei?

Um die verschiedenen Berichte von Festgenommenen über Folterungen während des Polizeigewahrsams zu prüfen und an die Öffentlichkeit zu bringen, hat sich ein UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS gebildet. Ihm gehören unter anderen an: Heinz Brandt, Prof. Manfred Clemenz, Jürgen Roth, Gerhard Zwerenz, Karsten D. Voigt. Wir veröffentlichen hier eine erste Stellungnahme:

Insgesamt gab es 192 Verhaftungen

"Die befohlene Absperrung stand um 4. 30 Uhr und es zeigte sich, daß in Anbetracht der vorangegangenen persönlichen Erkundung der eingesetzten Führer unter Wahrung der Geheimhaltung die Absperrung in kürzester Zeit stand und ein Entweichen unmöglich war Mit der Durchkämmung des ... sollte befehlsgemäß um 6. 00 Uhr begonnen werden."
Bis zu diesem Punkt gibt es wenig Unterschiede in der Taktik des Vorgehens der Polizei bei Räumungen, die über 30 Jahre zurückliegen Die Räumung auf die sich das obengenannte Zitat bezieht, wurde am 27. 10. 1942 in Pinsk von der Schutzpolizei durchgeführt. Die Folge: "Es wurden insgesamt ca. 15. 000 Juden dem Sammelplatz zugeführt. Kranke Juden und Einzelne, in den Häusern zurückgelassene Kinder wurden sofort im Getto auf dem Hof exekutiert. Zu Zwischenfällen kam es, bis auf einen Fall nicht."
Was hat nun die Räumung des Gettos Pinsk, einer kleinen ukrainischen Provinzstadt, mit der Räumung der besetzten Häuser Schumannstr. /Bockenheimerlstr. zu tun?
Einmal Terror und Brutalität der eingesetzten Schutzpolizeibeamten, Psychoterror gegenüber den Bewohnern, Zerstörung von Wohnungseinrichtungen und es wurde mit dem "kriminellen Pack" aufgeräumt, wie es Müller und seine Einsatzleitung beschrieben. Und folgendes ist noch identisch: Vor über 30 Jahren bei der Räumung des gettos Pinsk, war der Polizeibeamte Johann Eckstein zur Absperrung des Gettos eingesetzt, damit niemand entweichen konnte. Eckstein selbst schaute, wie er heute vorgaukeln möchte, bei den Erschießungen nur zu, "um sich zu informieren". Bei der Räumung der Besetzten Häuser in Frankfurt war Johann Eckstein wieder an der Front. Diesmal aber als Leiter der Frankfurter Schutzpolizei, der die Absperrung und Räumung der besetzten Häuser maßgeblich leitete und für die strategischen Vorbereitungsarbeiten zuständig war.
Johann Eckstein und sein Schreibtischvorgesetzter Polizeipräsident Müller, markieren symbolischerweise eine Verhaltensidentität gegen systemoppositionelle Gruppen, die sich allenfalls quantitativ vom Terror der Nazis gegenüber den Systemgegnern unterscheidet. Dazu gehört, daß einzelne Demonstranten auf den Straßen wahllos aus ihren Wagen gezerrt werden, andere 30 Minuten ununterbrochen Liegestützen oder Kniebeugen machen müssen. Die Zuhälter der Bourgeoisie, die politische Polizei, laben sich am Anblick von Demonstranten, die ihr Blut auflecken müssen. Einzelne Beamte erzwingen Geständnisse, indem sie den Festgenommenen die Pistole an die Schläfe oder auf das Herz setzen und drohen: "Jetzt knallen wir dich versehentlich ab." Das alles geschah in den letzten Tagen seit der Räumung der besetzten Häuser. Daher ist heute auch niemand so naiv und glaubt, das alles sind ja Einzelfälle, zu verurteilende Übergriffe übererregter, überaggressiver bzw. aufgeputschter Polizeibeamter. Das aktuelle Polizeiverhalten läßt sich politisch bestimmen. Es ist die Strategie der individuellen Einschüchterung und des gezielten Terrors, z. B. gegen Demonstranten oder streikende Arbeiter, um den Widerstand gegen Verelendung, Ausbeutung und Unterdrückung zu brechen. Das bedeutet: Nicht der einzelne Polizeibeamte ist primär verantwortlich für den Terror gegenüber Demonstranten, sondern die tragenden politischen Parteien nehmen der Polizei die Verantwortung für die Zerstörung der Grundrechte ab, decken den Terror indem sie kriminalisieren und plädieren gleichzeitig immer unverhüllter für den offenen Terror gegen diejenigen, die bereit sind, trotz massiver Einschüchterung, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten. Der Häuserkampf ist Ausdruck des Klassenkampfes in Frankfurt.

In den letzten Wochen wurde jedoch durch die Polizei und die allgemeine Presse-Polizeiberichterstattung ein Klima gegen die systemoppositionellen Gruppen geheizt, das es notwendig macht, diese Hetzen, Lügen und Greuelmärchen aufzudecken. Die Folterungen in Frankfurter Polizeirevieren bzw. im Polizeipräsidium waren ausschlaggebend dafür, einen Ermittlungsausschuß einzusetzen, der jetzt das Verhalten der Polizei im Zusammenhang mit den Hausräumungen untersuchen soll.

Wer sind die Politrocker?

In Themenbereichen wie: Vorbeugehaft, Folterungen oder Einsatz von Nervengas soll durch das "Tribunal" dokumentiert werden, ob und in welchem Ausmaß, die Frankfurter Polizei elementare Grundrechte und allgemeine Menschenrechte verletzt. Das Tribunal hat demnach eine Aufklärungsfunktion. Vor diesem Tribunal werden Gefolterte und Betroffene auftreten. Es werden Bilder von Mißhandelten gezeigt werden und Filme über Demonstrationen. Es wird zu einem Urteil, einer Beurteilung und anderen Konsequenzen kommen.

Was während des Tribunals konkret an Ergebnissen erzielt wird, kann jetzt noch nicht gesagt werden. Sicher ist aber: Die Polizei wird in Zukunft nicht mehr ungehört, und ohne auf massiven Widerstand zu stoßen, einschüchtern foltern oder terrorisieren können.

Jürgen Roth

GEBT DIESEM AUSSCHUSS INFORMATIONEN!

KOMMT ZUM TRIBUNAL: am ~~Montag 11. März~~ 19°° Uhr Volksbildungsheim

Di 12. 3.

Kontaktadresse:
Gerhard Zwerenz
6031 Niederrodeen
Seestr. 28